treiben. Sie wollen dafür sorgen, biodiversitätsschädigende Subventionen zu beseitigen und auslaufen zu lassen – ein Ziel, das bereits dutzende Male beschlossen wurde, ohne dass es spürbare Folgen gehabt hätte. Schließlich sicherten sie auch zu, die Umsetzung des Nagoya-Protokolls voranzubringen und die schwierige Frage des Transfers digitaler Gensequenzinformationen zu lösen.

Größere öffentliche Wahrnehmung

Was im Oktober in Kunming stattfand, war einerseits ein administratives Minimalprogramm, andererseits ein virtuell-digitales Schaulaufen der Absichtserklärungen, die erfahrungsgemäß ziemlich folgenlos bleiben dürften. Verhandlungen wie wenige Wochen später bei der Klimakonferenz in Glasgow konnten angesichts des extrem restriktiven chinesischen Einreiseregimes in Kunming nicht stattfinden. Die Untergremien sollen im März in Genf den jahrelang auf virtueller Sparflamme gehaltenen Verhandlungsprozess für ein Nachfolge-Rahmenwerk für die Aichi-Biodiversitätsziele wieder anlaufen lassen. Die inzwischen in der Schweiz weitgehend abgeschafften COVID-19-Restriktionen ermöglichen die physische Präsenz von Delegationen. Es fällt jedoch schwer, sich eine CBD-COP im Herbst in China vorzustellen, wenn die extremen Einreiserestriktionen der Volksrepublik bis dahin immer noch in Kraft sind. Welche Auswirkungen die Schatten des Ukraine-Kriegs auf die Verhandlungen haben werden, ist nur schwer abzuschätzen.

Immerhin beginnen die Biodiversitätsverhandlungen langsam, aber sicher aus dem Schatten der Klimaverhandlungen hervorzutreten. Dass der alarmierende Verlust der Artenvielfalt ein zentrales Problem ist, das dringend angegangen werden muss, beginnt sich in der Öffentlichkeit und der Politik festzusetzen. Die bisherigen Bemühungen haben keine spürbaren Ergebnisse gebracht, die Geschwindigkeit des Artenverlusts ist so hoch wie noch nie in der Menschheitsgeschichte. Das globale Biodiversitäts-Rahmenwerk, das auf die Aichi-Biodiversitätsziele folgen soll, ist nicht nur überfällig, sondern muss auch wirklich umgesetzt und nicht nur proklamiert werden, wenn das Ziel der CBD, bis zum Jahr 2050 in Harmonie mit der Natur zu leben, erreicht werden soll. Wenn die von Kunming verkündeten Absichten dann auch Verhandlungspositionen bestimmen, dürfte dies kein Problem sein; die Erfahrung lehrt aber, dass dies nur selten der Fall ist.

Jürgen Maier
(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Jürgen Maier über das Übereinkommen über biologische Vielfalt, das Cartagena-Protokoll und das Nagoya-Protokoll, VN, 2/2019, S. 89f., fort.)

»Es geht in diesem Krieg um uns alle.«

Rede von Außenministerin Annalena Baerbock bei der Notstandssondertagung der UN-Generalversammlung zur Ukraine am 1. März 2022 in New York

Vor ein paar Tagen kam in einer U-Bahn-Station in Kiew ein kleines Mädchen zur Welt. Ich habe gehört, es heißt Mia. Ihre Familie musste Schutz suchen – wie Millionen anderer Menschen überall in der Ukraine. Schutz vor Bomben und Raketen, vor Panzern und Granaten. Sie leben in Angst, sie leben in Schmerz. Sie sind gezwungen, sich von ihren Liebsten zu trennen. Weil Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat.

Ich glaube, bei der heutigen Abstimmung geht es um Mia. Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Es geht um eine Zukunft, die wir selbst bestimmen können. Ich stehe hier vor Ihnen als Außenministerin meines Landes, aber auch als Deutsche, die das unglaubliche Privileg hatte, in Europa in Frieden und Sicherheit aufzuwachsen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nach einem grausamen Krieg begonnen von Nazi-Deutschland, wurden vor 76 Jahren die Vereinten Nationen gegründet, um Frieden und Sicherheit zu wahren. Sie wurden gegründet, so heißt es in der Charta, »um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren.« Damit ist meine Generation gemeint, aber auch die Generation Mias.

Die Grundsätze der Vereinten Nationen bilden den Rahmen für unseren Frieden: für eine Ordnung auf der Grundlage von gemeinsamen Regeln, dem Völkerrecht, Zusammenarbeit und friedlicher Konfliktbeilegung. Russland hat diese Ordnung brutal angegriffen. Und deshalb geht es in diesem Krieg nicht nur um die Ukraine, nicht nur um Europa, sondern um uns alle.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock spricht auf der dritten Plenarsitzung der elften Sondersitzung der Generalversammlung zur Ukraine am 1. März 2022 in New York. UN PHOTO: EVAN SCHNEIDER

Russlands Krieg bedeutet ein neues Zeitalter. Wir stehen an einem Scheideweg. Die Gewissheiten von gestern gelten nicht mehr. Heute sind wir mit einer neuen Realität konfrontiert, die sich niemand von uns ausgesucht hat. Es ist eine Realität, die uns Präsident Putin aufgezwungen hat.

Russlands Krieg ist ein Angriffskrieg. Und seine Grundlage sind infame Lügen, die Außenminister Lawrow heute im UN-Menschenrechtsrat erneut wiederholt hat. Sie sagen, Sie handeln aus Selbstverteidigung. Aber die ganze Welt hat gesehen, wie Sie über Monate zur Vorbereitung dieses Angriffs Ihre Truppen zusammengezogen haben. Sie sagen, Russland handelt, um russischsprachige Menschen vor Aggression zu schützen. Aber heute sieht die ganze Welt, wie Sie die Häuser von russischsprachigen Ukrainerinnen und Ukrainern in Charkiw bombardieren. Sie sagen, Russland schickt Friedenstruppen. Aber Ihre Panzer bringen kein Wasser, Ihre Panzer bringen keine Babynahrung, Ihre Panzer bringen keinen Frieden. Ihre Panzer bringen Tod und Zerstörung. Und in Wahrheit missbrauchen Sie Ihre Macht als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats. Herr Lawrow, Sie können sich selbst täuschen. Aber uns täuschen Sie nicht. Unsere Völker werden Sie nicht täuschen – und auch Ihr eigenes Volk werden Sie nicht täuschen.

Russlands Krieg markiert eine neue Realität. Jede und jeder einzelne von uns muss jetzt eine dezidierte und verantwortungsvolle Entscheidung treffen und Partei ergreifen. Mein Land erhöht seine Unterstützung für die Ukraine mit Medikamenten, Lebensmitteln, humanitären Hilfsgütern und Unterkünften für Geflüchtete. Viele, die heute hier sind, tun das. Und ich begrüße das sehr.

Uns kommen Gerüchte zu Ohren – auch hier in diesem Raum –, dass Menschen afrikanischer Herkunft, die aus der Ukraine fliehen, an den EU-Grenzen diskriminiert werden. Ich war heute Vormittag in Polen. Und mein polnischer und mein französischer Kollege und ich haben sehr deutlich gemacht: Jedem Geflüchteten muss unabhängig von seiner Nationalität, Herkunft oder Hautfarbe Schutz gewährt werden.

Wir haben uns dafür entschieden, die Ukraine militärisch zu unterstützen – damit sie sich im Einklang mit Artikel 51 unserer Charta gegen den Aggressor verteidigen kann. Deutschland ist sich seiner historischen Verantwortung in vollem Umfang bewusst. Deshalb bekennen wir uns heute und für alle Zukunft zur Diplomatie und werden immer nach friedlichen Lösungen suchen. Aber wenn unsere friedliche Ordnung angegriffen wird, müssen wir dieser neuen Realität ins Gesicht sehen. Wir müssen verantwortungsvoll handeln. Und deshalb müssen wir heute vereint für den Frieden eintreten!

Als ich in den vergangenen Tagen um die Welt telefoniert habe, habe ich manche meiner Kolleginnen und Kollegen sagen hören: »Ihr wollt jetzt von uns Solidarität für Europa. Aber seid ihr denn in der Vergangenheit für uns dagewesen?« Ich möchte Ihnen ganz klar und ehrlich sagen: Ich kann Sie verstehen. Wir können Sie verstehen. Und ich glaube wirklich, dass wir immer gewillt sein sollten, unser eigenes Handeln, unser früheres Engagement in der Welt kritisch zu hinterfragen. Ich bin dazu bereit.

Aber jetzt geht es um die Gegenwart. Es geht um Familien, die in U-Bahn-Stationen Schutz suchen, weil ihre Häuser bombardiert werden. Es geht um Leben und Tod der ukrainischen Bevölkerung. Die Sicherheit Europas steht auf dem Spiel. Die Charta der Vereinten Nationen steht auf dem Spiel. Fast jedes Land, das hier vertreten ist, hat einen größeren, einen mächtigeren Nachbarn. Es geht hier um uns alle, meine Damen und Herren.

Und deswegen bitte ich Sie alle eindringlich, vereint für den Frieden einzutreten und für die eingebrachte Resolution zu stimmen. Bischof Desmond Tutu sagte einst: »Wer sich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhält, stellt sich auf die Seite des Unterdrückers.« Heute müssen wir uns alle entscheiden. Zwischen Frieden und Aggression. Zwischen Gerechtigkeit und dem Willen des Stärksten. Zwischen Handeln und Wegsehen.

Wenn wir nach der Abstimmung nach Hause gehen, werden wir alle wieder mit unseren Kindern, unseren Partnerinnen, unseren Freunden, unseren Familien am Tisch sitzen. Und dann muss jeder einzelne von uns ihnen in die Augen sehen und ihnen sagen, wie wir uns entschieden haben.